

Aufgaben der Europäischen Union

Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, hat im September 2021 vor dem Europäischen Parlament eine Rede zum Thema „Lage der Europäischen Union“ gehalten.

Sie hat zu vielen wichtigen politischen Themen Ausführungen gemacht und Vorschläge angeregt bzw. unterbreitet.

Die Verteidigungspolitik der EU-Länder nahm in ihrer Rede großen Raum ein. Dazu wird Folgendes ausgeführt:

Von der Leyen schlägt vor, die Verteidigungspolitik der einzelnen EU-Länder, insbesondere was die Beschaffung und die Unterhaltung von Verteidigungsaggregaten angeht, stärker aufeinander abzustimmen.

Sie schlug ferner vor, mit der NATO eine gemeinsame Erklärung zu erarbeiten, die noch im Jahr 2021 abgeschlossen werden sollte.

Dies ist jedoch nach Auffassung des Autors unzureichend.

Zutreffend ist, dass die EU sich auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EU-Länder verständigen muss und hierauf den Akzent legen sollte.

Daneben ist das Bündnis der NATO existent, das die Mitglieder des nordatlantischen Paktes schützt und die Verteidigung der meisten EU-Länder sicherstellt.

Auf dieser Grundlage muss westliche Verteidigungspolitik neu definiert werden.

Der EU-Außenbeauftragte Borell hat nun mit einem neuen Konzept für die Verteidigung der Europäischen Union Aufmerksamkeit erregt:

Er stellt darin fest, dass die EU-Europäer einen neuen Kompass benötigten, um ihrerseits handlungsfähig zu bleiben.

Aus hiesiger Sicht und aufgrund der Berichterstattung dazu sollen folgende Probleme eines Konzeptes für Verteidigungspolitik festgehalten werden:

- Es ist sicherzustellen, dass auch die osteuropäischen Länder beteiligt bleiben und sich nicht abschotten, weil sie etwa in dem EU-Konzept zum Nordatlantik-Pakt eine Konkurrenz sähen.
- In allen politischen Bereichen wie auch in diesem Bereich ist die Frage der Finanzierung zu klären

- Wenn es um den Einsatz von Soldaten der EU geht – etwa im Rahmen von rapid deployment capacity –, muss nach hiesiger Ansicht das Einstimmigkeitsprinzip hinterfragt und durch andere Möglichkeiten der Entscheidungsfindung ersetzt werden.
- Nicht aus den Augen zu verlieren ist der Vorschlag, den schon die Kommissionsvorsitzende von der Leyen unterbreitet hat, sich zwischen den europäischen Staaten über Rüstungs- und Waffenherstellungsprojekte zum Zwecke der Einsparung von Finanzen abzustimmen.

Es sollte noch vor der avisierten deutsch-französischen Konferenz zur Verteidigungspolitik geklärt werden, welche Interessen die europäischen Staaten haben bzw. einzeln (jeweils für sich selbst) vertreten.

Und es muss geklärt werden, welche Interessen der nordatlantische Bündnispartner USA hat.

Über das Ergebnis hinweg ist festzustellen, inwieweit Gemeinsamkeiten weiterhin bestehen oder neu gefunden werden und zu benennen sind.

Zu berücksichtigen sind dabei die durchaus teilweise divergierenden Wirtschaftsinteressen z.B. in Richtung Südostasien und China.

Erst nach dieser inhaltlichen Neubestimmung einer westlichen Verteidigungsstrategie sind daraus Schlussfolgerungen für die Mitglieder der Europäischen Union zu ziehen.

Dies alles, also die Entwicklung eines neuen Verteidigungskonzepts für die westliche Allianz, ist vorzubereiten noch vor der für das Jahr 2022 geplanten Konferenz über Verteidigungsfragen zwischen Deutschland und Frankreich.

Es wäre hilfreich, wenn die EU-Kommission die in der EU zu beteiligenden politischen Stellen rasch mit der Entwicklung eines Konzeptes zur Verteidigungspolitik befassen würde und die Abstimmung zwischen EU und NATO nicht auf die lange Bank schöbe.

Gez. C. Jupe

Berlin, den 06.11.2021